

Libérale Demokratien vs. totalitäre Autokratien: Europäische Antworten im Systemkonflikt

Daniela Schwarzer

Der Krieg Vladimir Putins erschüttert seit dem 24. Februar 2022 nicht nur die Ukraine, er erschüttert Europa und die Welt. Ihm fallen Tausende von Zivilisten zum Opfer, er schlägt Millionen in die Flucht. Es ist ein Krieg gegen Engagement und Fortschritt in einem demokratischen Staat, der sich der westlich-liberalen Welt zugewandt hat.

Russlands Präsident versucht, dieses Land als souveränen Staat mit Recht auf Selbstbestimmung, auf Verteidigung und auf die Unverletzlichkeit seines Territoriums auszulöschen, begründet durch einen ethno-nationalistischen Identitätsdiskurs, der die Ukraine und Belarus als Teil Russlands sieht. Für Vladimir Putin ist die Existenz dieser funktionierenden Demokratie, mit all den Schwächen, die das System noch hat, ein Problem. Im Inneren Russlands nämlich, wo er sich an die Macht klammert und es in einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit nur noch seine Wahrheit geben darf. Alternative Sichtweisen, Meinungsvielfalt und Debatten haben längst keinen Platz in einem mittlerweile totalitären System, das neben der Putinschen keine alternativen Öffentlichkeiten zulässt.

Der Krieg in der Ukraine reicht in seiner Bedeutung weit über das Land hinaus. Es geht um Frieden und Demokratie auf dem europäischen Kontinent. Es ist ein Angriff auf Europa als Teil einer internationalen Ordnung, die nationale Souveränität und Grenzen respektiert ebenso wie multilaterale Institutionen und in der Krieg kein politisch legitimes Mittel ist. Insofern verteidigt die Ukraine zutiefst europäische Werte und Ordnungsvorstellungen – und in dem Maße, in dem der politische Westen nicht schnell und entschieden mit dafür kämpft, gefährdet er nicht nur die Ukraine, sondern Europa und die regelbasierte internationale Ordnung.

Der Systemkonflikt ist vielschichtig

Russlands Krieg in der Ukraine kann auch als die jüngste und brutalste Form eines immer schärfer werdenden Systemkonflikts zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimes gesehen werden. So ist auch Chinas vordergründig neutrale Haltung gegenüber dem Konflikt zu bewerten.

Seit Jahren zeigt sich dieser Systemkonflikt in weniger auffälligen, aber auch folgenreichen Formen der politischen Auseinandersetzung. So spielt er sich zwischen liberal-demokratischen und autoritären Positionen im Ringen um die Zukunft unserer internationalen Ordnung ab, die nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von den USA geschaffen wurde und lange Zeit weitgehend westlichen Ordnungsvorstellungen entsprach. China versucht seit Jahren, durch Geld- und Personalpolitik, durch politische Einflussnahme auf Entscheidungen, durch die Blockade derselben oder auch durch die Schaffung von alternativen Regionalorganisationen wie der Asian Infrastructure Investmentbank (AIIB), die internationale Ordnung von ihren lange als universal geltenden Normen und Prinzipien wie internationales Recht und Menschenrechte abzuweichen.

Darüber hinaus zeigt sich der Konflikt zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimes an gezielten Interventionen in anderen Staaten. Mit Desinformationskampagnen, Cyberangriffen, wirtschaftlichem Druck und anderen Formen der hybriden Kriegsführung versuchen China und Russland, aber auch andere Mitspieler wie die Türkei oder der Iran, in westlichen Staaten zu intervenieren. Im Gegenzug wird auch die Tätigkeit westlicher nicht-staatlicher Organisationen, Stiftungen und anderer Akteure als Ausprägung des Systemkonflikts gewertet, sodass China oder Russland diese als »ausländische Agenten« aus den Ländern verbannen oder ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine Einreiseerlaubnis mehr gewähren. In der Folge dünne die Beziehungen zwischen Staaten, die in systemischer Konkurrenz zueinanderstehen, immer weiter aus. Da der gesellschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch um ein Vielfaches schwieriger geworden ist, bestehen oftmals nur noch Regierungsbeziehungen und Unternehmenskontakte, hinter denen auf Seiten der autoritären Regimes allerdings auch in erster oder zweiter Reihe der Staat steht.

Libérale Demokratien werden nicht mehr als alternativlos angesehen

Eine dritte Dimension des Systemkonflikts hat durch die Covid-19-Pandemie an besonderer Bedeutung gewonnen: Die Performanz der jeweiligen Systeme in der Bekämpfung des Virus und seiner umfassenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft gewann Aufmerksamkeit. Diskussionen darüber, dass autoritäre Regimes (wenn auch nur scheinbar) erfolgreicher in der Pandemiebekämpfung waren, haben auch im politischen Westen Kritiker geweckt, die die Handlungsfähigkeit der Demokratien anzweifeln. Immer wieder hört man, nur streng hierarchische Systeme mit Durchgriffskraft seien in der Lage, Pandemien effektiv zu beenden. Auch in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen werden Stimmen laut, die demokratische Entscheidungsprozesse für zu langwierig, unfokussiert und zu durchgriffsschwach halten. Das liberale Credo, dass Demokratien am besten in der Lage sind, Krisen durch kreative Lösungen und Innovationen zu überwinden und in ihnen zusammen zu halten, wird damit infrage gestellt.

Somit ist die Lage 2022 deutlich anders als 1989, als mit dem Kalten Krieg der Systemwettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus zusammenbrach: Es gibt heute Beispiele für politische Systeme, die grundlegend anders und trotzdem erfolgreich sind. Liberale Demokratien und ihre einst als universell angenommene Wertebasis werden nicht mehr als alternativlos gesehen.

Demokratische Systeme – und auch die Europäische Union als supranationale Gemeinschaft mit 27 Mitgliedern – müssen sich neu begründen und an ihrer Leistungskraft arbeiten. Denn angesichts ihrer inneren und äußeren Offenheit werden sie durch transnationale Bedrohungen und neue Formen der Auseinandersetzung inklusive externer Interventionen durch Mittel hybrider Kriegsführung besonders leicht geschwächt.

Antworten auf neue Herausforderungen

Die Betrachtungsweise, dass politische Systeme für den Erhalt ihrer Legitimität »liefern müssen«, richtet den Fokus auf die Frage, an welchen Herausforderungen sich unsere liberalen Demokratien in Zukunft messen lassen müssen, wenn der Prozess und die Beteiligungsmöglichkeiten nicht selbst ausreichend Legitimität garantieren. Die Liste der Themen ist lang zu Beginn der 2020er

Jahre, denn Herausforderungen in Inneren unserer politischen Systeme, unserer Gesellschaften und unserer Wirtschaftsmodelle fließen zusammen mit globalen, transnationalen Risiken und Aufgaben ungekannten Ausmaßes. So müssen liberale Demokratien Antworten auf den Klimawandel und seine Folgen finden, die digitale Revolution gestalten, zunehmende transnationale Migration und die wachsenden Ungleichheiten in unseren Gesellschaften finden.

Nicht nur Russlands Krieg in Europa, der Aufstieg des technologiebasierten autoritären Chinas, das weltweit Autokraten und solche, die es werden wollen, unterstützt, die Neuausrichtung der USA auf Asien und der relative Gewichtsverlust der EU in wirtschaftlicher, verteidigungspolitischer und demografischer Hinsicht verändern die Art und Weise, wie die Europäer internationale Chancen und Bedrohungen wahrnehmen. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich zunehmend darauf, wie sie in einer krisengeprägten, konfliktreicheren Welt gemeinsam Handlungsfähigkeit entwickeln können. Gerade bei so tief integrierten Staaten, wie dies in der EU Realität ist, muss die Trennung zwischen inneren und äußeren Herausforderungen als überholt angesehen werden.

Es geht heute nicht mehr nur darum, Bedrohungen zu antizipieren und abzuwehren. Da wir um unsere Verwundbarkeit wissen, muss es das Ziel sein, die Widerstandsfähigkeit von Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen, d.h. dafür zu sorgen, dass sich ein System, eine Organisation oder auch einzelne Menschen möglichst schnell von Schocks erholen und zu einem funktionierenden Zustand zurückkehren, statt zu kollabieren. Ungewissheit ist zur Norm geworden; mit Störungen und Katastrophen muss gerechnet werden. Insbesondere Cyberangriffe können massive Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit ziviler Infrastruktur haben.

Die Debatten über die Frage, wie in einer zunehmend von Unsicherheit geprägten Welt eine Erneuerung des Liberalismus möglich ist, beschränken sich häufig auf den nationalen Raum. Die EU gehört mit hinein – und dies nicht als Problem, sondern als möglicher Lösungsraum.

Europa als liberales Projekt

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bauen seit ihrer Gründung auf liberalen Prinzipien auf: Der Liberalismus hat Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Freihandel und eine aktive Zivilgesellschaft gefördert. Sein Kern ist das Postulat der gleichen Freiheit für alle, die normative Idee der

Menschenrechte und eine internationale Rechtsordnung. Kurz gesagt, der Liberalismus hat die Demokratie, wie wir sie heute kennen, hervorgebracht. Er ist so tief eingedrungen, dass wir in der EU lange die Begriffe »liberale Demokratie« und »Demokratie« fast synonym verwendet haben.

Dieses gemeinsame Werteverständnis ist durch den Lissabonner Vertrag in der Union fest verankert: Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind der Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Ebenso wie in der freiheitlichen politischen Verfassung ist Liberalismus fester Bestandteil der europäischen Marktwirtschaft als ökonomisches Fundament der offenen Gesellschaft. Die Europäische Union hat sich in besonderer Weise liberaler Offenheit verschrieben: sie basiert auf Marktintegration, die nicht nur Wohlstand sichern soll, sondern zudem Freizügigkeit der Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräfte und des Kapitals.

Die Gefährdung des europäischen Liberalismus

Heute ist der Liberalismus, verstanden als eine breite, überparteiliche Strömung des politischen Denkens, auch in der Europäischen Union in der Defensive. Besonders besorgniserregend ist die Rückentwicklung von nationalen Demokratien. Der Rechtspopulist Viktor Orbán hat seit 2010 die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Freiheit von Medien und Wissenschaft so weit eingeschränkt, dass die Nichtregierungsorganisation Freedom House den ungarischen Staat nicht mehr als Demokratie kategorisiert. Seit 2018 ist Ungarn ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags anhängig, das die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien überprüft.

Auch gegen Polen läuft ein derartiges Verfahren. Besonders problematisch ist eine Justizreform, durch die die regierende Partei politisch Einfluss auf die beiden wichtigsten Einheiten des Justizsystems, Richter und Staatsanwälte, nehmen kann und wiederholte Missachtungen von Urteilen des Europäischen Gerichtshofes. Auch Polen wird von Freedom House nicht mehr als funktionsfähige Demokratie gesehen. Im Demokratie-Index V-

Dem rangiert es auf Platz 80, noch unter Kosovo, Kolumbien und Georgien. Ungarn steht mit Platz 91 noch schlechter da.

Von außen werden diese Entwicklungen verstärkt. Der systemische Wettbewerb zwischen autoritären Regimes und Demokratien reicht mittlerweile tief in die EU hinein. Durch gezielte Desinformation und die Förderung demokratiefeindlicher Kräfte untergraben etwa Russland und China die Stabilität unserer Systeme. Cyberangriffe und Datenklau werden strategisch vor Wahlen eingesetzt, um die Ergebnisse zu beeinflussen. Chinas langfristige Investitionen in Einflussnahme, etwa über die Finanzierung von universitären Lehrstühlen, Think-Tanks und NGOs in Europa werden zurecht zunehmend nachverfolgt.

Europäer sind jedoch bei weiten nicht nur passive Opfer undemokratischer Kräfte. Politikerinnen und Politiker und Parteien suchen gezielt die Zusammenarbeit. China wurde für viele Regierungen – oft mangels europäischer Alternativen – zum wichtigen Investor. Dass damit politische Einflussnahme einher geht, hat nur in manchen Ländern die Herangehensweise verändert. Der hohe Preis der aus wirtschaftlicher Sicht interessanten Kooperationen zeigt sich an den mittlerweile offen gelegten Methoden, mit denen sich die Kommunistische Partei Chinas Unterstützung erarbeitet. Besonders erschreckend war für viele Europäer die Erkenntnis, dass der von 2016 bis 2020 amtierende US-Präsident Donald Trump und sein Team zum Partner anti-demokratischer und anti-europäischer Kräfte in der EU wurde.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind fundamentale Prinzipien der EU, die jedes Mitglied bei seinem Beitritt unterzeichnet hat. In den ersten 50 Jahren der Integration war kaum vollstellbar, dass ein Staat sich so weit davon entfernt, dass Sanktionsmechanismen nötig sind, um ihre Einhaltung sicher zu stellen. Dass nationale Regierungen und auch die EU-Institutionen zu der Untergrabung dieser Prinzipien so lange geschwiegen haben, war ein großer Fehler. Denn die Antwort auf den Rückbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit muss auch eine politische sein. Mit Artikel 7 des EU-Vertrags und der Konditionalität der Finanzierung durch EU-Mittel verfügt die EU mittlerweile über zwei Mechanismen zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit. Sie müssen konsequent mit voller politischer Unterstützung der Regierungen angewendet werden. Zudem muss mittlerweile leider auch in der EU darauf geachtet werden, dass nationale und regionale Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Neben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) können hierbei zivilgesellschaftliche Gruppen eine wichtige Rolle spielen.

Eine europäische Zukunftsagenda

Um die Grundwerte der Europäischen Union und die Demokratien, die sich in ihr zusammengeschlossen haben, zu schützen, muss die Union intern so weit wie möglich zusammengeführt, modernisiert und gestärkt werden, denn nur größere Resilienz, Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit können sicherstellen, dass wir uns als Demokratien mit offenen Gesellschaften im zunehmenden Systemkonflikt behaupten können.

Als ganz eigener Zusammenschluss westlich-liberaler Demokratien, der es über sechs Jahrzehnte geschafft hat, Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern, und eine erfolgreiche integrierte Wirtschaft hat, die heute der wichtigste Exportmarkt für die USA, Russland oder China ist, kann und muss die EU ihre internationale Rolle ausbauen. Gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern in der Welt, die unsere Werte teilen, sollten die Europäer eine Zukunftsagenda definieren, um illiberalen und autoritären Kräften entgegenzuwirken. Für die EU sollte es dabei das Ziel sein, Frieden, Wohlstand, Demokratie und selbstbestimmten Handel zu schützen, kurz: unser westliches liberales Lebensmodell.

Die EU war die meiste Zeit des letzten Jahrzehnts im Krisenbekämpfungsmodus und hat die globale Finanzkrise, die Eurokrise und die Flüchtlingskrise in den Jahren vor der globalen Pandemie überstanden. Die Covid-19-Pandemie hat die Europäische Union erschüttert, aber auch ein noch nie dagewesenes Maß an Zusammenarbeit und – was vielleicht am wichtigsten ist – eine neue Art des gemeinsamen Handelns ausgelöst. Auch auf Putins Krieg in der Ukraine hat die EU geeint reagiert.

Der Krieg auf unserem Kontinent, der Zerfall der europäischen Sicherheitsordnung und die Vertiefung des Systemkonflikts, stellt Europa vor neue, gemeinsame Aufgaben, die noch einmal deutlicher machen, was bereits die Finanzkrise oder auch die Pandemie gezeigt hatten: angesichts der neuen und multiplen Herausforderungen gewinnt die europäische Zusammenarbeit eine neue Bedeutung.

Immer deutlicher wird, dass die EU öffentliche Güter bereitstellen muss, die die Mitgliedstaaten allein nicht mehr leisten können – im Bereich der Sicherheit ebenso wie im Bereich der Wohlfahrt. Der Systemkonflikt und die zunehmende Spaltung der Welt und der Weltwirtschaft in Demokratien auf der einen und autoritären Regimes auf der anderen Seite sind ein weiteres starkes Argument dafür, die EU als Gemeinschaft zu stärken, damit

sie die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger besser schützt. Dafür allerdings müssen ihre Entscheidungsmechanismen auf den Prüfstand gestellt werden: eine stärkere Demokratisierung, und ein neues Verständnis davon, was es heißt, EU-Bürgerin und Bürger zu sein, gehören dazu. Dabei müssen die Europäerinnen und Europäer auch eine zentrale Schwäche bearbeiten: Anders als etwa China oder Russland hat die Europäische Union keine starke und positive Zukunftsvision für sich selbst, sondern definiert sich gerade im Systemkonflikt vor allem aus der Defensive heraus. Das kann und muss sie aber leisten, um die vor ihr liegenden Reformaufgaben zu bewältigen: Es geht um einen dreifachen Wandel, nämlich die grüne, digitale und soziale Transformation, die einhergehen muss mit einer Politik, die den inneren Zusammenhalt verbessert, einer Stärkung von Europas Rolle in der Welt – und, um all dies zu leisten, um eine zweckmäßigere Gestaltung der Governance der Gemeinschaft.